



Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Stellungnahme zum HSP-Beschluss.

(29. November 2012)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
verehrte Mitglieder des Rates der Stadt Hagen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

in der Ratssitzung Ende Juni 2012 haben wir nach mehrmonatigen, intensiven Beratungen gemeinsam ein für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt einschneidendes HSP beschlossen.

Aus unserer Sicht hat das damals beschlossene HSP die Anforderungen des Stärkungspakts erfüllt.

Deshalb werden wir hier & heute die erneute Einbringung sämtlicher Altmaßnahmen des letzten HSP-Beschlusses **ablehnen**. Auch eine Erhöhung der Gewerbe- und der Grundsteuer B, die wir als schädlich für die Entwicklung unserer Stadt ansehen, werden wir in unserer Fraktion **mehrheitlich ablehnen**.

Die Verwaltungsspitze und die Bezirksregierung in Arnsberg sind aus unserer Sicht dafür verantwortlich, dass wir nach mehr als fünf Monaten immer noch kein fundiertes und ausgereiftes HSP vorliegen haben. Nun soll der „Schwarze Peter“ an uns weitergereicht werden.

Uns ist durchaus bewusst, dass Hagen sich anstrengen muss, um bis 2021 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Aus diesem Grunde haben wir diverse Sparvorschläge in einem Volumen von über 5 Mio. EUR zur Haushaltskonsolidierung eingebracht. Diese haben wir auch umfassend begründet.

Die Aufgabe der Verwaltung wäre hierbei gewesen, die vergangenen 5 Monate zu nutzen, um unsere Vorschläge auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen und darzulegen, welches Volumen bis zu welchem Zeitpunkt umgesetzt werden kann. So hätte man im Falle einer Ablehnung durch Arnsberg mit hieb- und stichfesten Argumenten nachlegen können. Dies ist bedauerlicherweise nicht geschehen. Neue alternative Sparmaßnahmen wurden ebenfalls nicht genannt.

Als Ausweg nach Ablehnung des HSP durch den RP wurden lediglich die Reaktivierung bereits mehrheitlich abgelehnter Sparvorschläge sowie massive Steuererhöhungen präsentiert. Letztlich sollen also wiederum die Bürger und Unternehmen die Zeche zahlen.

Das bedeutet weitere Einschränkungen für die Bürger in Hagen, Einschnitte in der Infrastruktur und damit die Gefahr eines verstärkten Bevölkerungsrückgangs in Hagen, da das Leben in Nachbarkommunen preiswerter und attraktiver ist.

Ferner ist es in Bezug auf die mögliche Ansiedlung neuer Unternehmen in Hagen in hohem Maße kontraproduktiv, in dieser Situation nun auch noch die Gewerbesteuer anzuheben. Damit werden interessierte Unternehmen mit ihren Ansiedlungsplänen bewusst in Nachbarkommunen „getrieben“ und mit Sicherheit eine Anzahl bereits in Hagen ansässiger Unternehmen ebenfalls vertrieben, denn Unternehmen werden doppelt belastet, d.h. sowohl durch die Anhebung der Grundsteuer B als auch durch die Anhebung der Gewerbesteuer. Das können sich viele Unternehmen einfach nicht leisten, so dass sie gezwungen sind, Alternativen zu suchen.

Um das Ziel der Konsolidierung zu erreichen, hätten wir von der Stadtspitze ein anderes Vorgehen erwartet.

1. Vermeidung von Ausgaben (z.B. für diverse Großprojekte in den vergangenen Jahren)
2. Verminderung von Ausgaben (siehe z.B. unsere Vorschläge zum HSP, auf die ich im folgenden noch detaillierter eingehen werde)

Ohne die unter 1. und 2. genannten Schritte unternommen zu haben, halten wir Steuererhöhungen für **unredlich**. Das ist der Grund für unsere Ablehnung. Die Verantwortung tragen aus unserer Sicht hier eindeutig OB und Kämmerer.

Steuererhöhungen sind sicher der einfachste Weg, aber genauso sicher auch der schlechteste.

Gerade in der jetzigen Situation müssen wir alles daran setzen, dass Hagen nicht noch mehr an Attraktivität verliert. Es gilt, Hagen als Wirtschaftsstandort zu bewahren und zu stärken. Die Ansiedlung neuer Unternehmen bietet gute Chancen, das Gewerbesteueraufkommen in Hagen zu erhöhen. Auch gilt es, junge Arbeitnehmer mit ihren Familien nach Hagen zu holen. Um diese Ziele zu erreichen, sind Steuererhöhungen das falsche Signal.

Wir sind der Ansicht, dass wir unsere Haltung hier ausreichend und plausibel begründet haben.

Zur Erinnerung:

Erst im Oktober 2003 hat sich Hagen Aktiv gegründet. 2004 wurde ich als Einzelmitglied in den Rat gewählt. In 2009 erreichten wir Fraktionsstärke und jetzt, wieder 3 Jahre später, sind wir es angeblich, die die Schuld daran haben sollen, dass der Sparkommissar kommt. Innerhalb von nur 10 Jahren haben wir demnach die großen Parteien in Hagen an den Rand gedrängt – mit Unterschriftensammeln.

Ich bin mehr als erstaunt, welch großer politischer Einfluss uns binnen so kurzer Zeit mittlerweile zugesprochen wird.

Allerdings möchten wir noch einmal daran erinnern: Den Vorboten eines Sparkommissars hatten wir bereits im Jahr 2008 in unserer Stadt. Das strukturelle Defizit und die Schuldenlast waren auch damals schon immens hoch.

Seit Jahrzehnten debattieren die etablierten Parteien über eine Unterfinanzierung der Kommunen. Konnexität ist hier das Zauberwort. Doch wann und wie haben Sie, werte Ratskollegen, in den letzten Jahren belegbar Druck auf ihre Parteifreunde in Berlin und Düsseldorf ausgeübt? Wir können es nicht, denn wir sind **nur in Hagen** aktiv.

Das Gleiche gilt für die interkommunale Zusammenarbeit. Auch über dieses Instrument wird seit 1963 debattiert. Eingefordert und praktisch umgesetzt wird sie jedoch von keinem. Hagen Aktiv fordert sie und hat belegt, dass hier erhebliche Einsparungen möglich sind.

Nun aber der Vorwurf, dass wir - Hagen Aktiv - nicht sparen wollen. Wie schon gesagt, haben wir im Zuge der HSP-Beratungen Vorschläge in einem Volumen von mehr als 5 Mio. Euro unterbreitet. Diese wurden jedoch weder vom Kämmerer noch von Arnsberg hinreichend geprüft sondern einfach nur abgelehnt. Für uns stellt sich die Frage, warum das Land NRW, die Bezirksregierung in Arnsberg und die Stadt Hagen dann weiterhin mit Phantasiezahlen - sog. Orientierungsdaten des Landes - rechnen, die jeglicher Realität entbehren. Land NRW, Bezirksregierung in Arnsberg und die Verwaltungsspitze nehmen in ihren Berechnungen an, dass die Gewerbesteuer in den folgenden Jahren kontinuierlich ansteigen wird, während die Personalkosten innerhalb der Verwaltung sich lediglich um 1% pro Jahr verstetigen. Wer sich die konjunkturelle Entwicklung und Tarifabschlüsse der letzten Jahre anschaut, weiß dass das Humbug ist.

Was nicht passt, wird passend gemacht. So verfahren Land, Bezirksregierung, Kommunen und die etablierten Fraktionen in Hagen schon seit Ewigkeiten. So auch bei der Erstellung dieses HSP. Die Zeche haben unsere Unternehmen, vor allem aber Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, zu zahlen.

Die Hauptbelastung werden Steuererhöhungen bei der Grundsteuer B und bei der Gewerbesteuer sein. Sparen – liebe Bürgerinnen und Bürger – geht anders!

Aus diesem Grund sind wir auch nicht bereit, diesen Weg mitzugehen. Wir werden auch zukünftig sinnvolle Konzepte einfordern.

Sparen geht nur durch Vermeidung bzw. Verminderung von Kosten. Aus diesem Grunde haben wir den **Bau des Emil-Schumacher-Museums** mehrfach kritisiert. Die sogenannten Sanierer von heute haben jedoch nicht auf uns gehört. Das Ergebnis ist, dass Hagen durch dieses Prestigeobjekt jährliche Folgekosten in Höhe von 1,5 Millionen Euro tragen muss und dadurch das strukturelle Defizit der Stadt dauerhaft belastet wird.

Bei den **Derivatgeschäften** waren wir eine von wenigen Fraktionen im Hagener Stadtrat, die gegen die Deutsche Bank aufgrund einer Falschberatung eine Schadenersatzklage einreichen wollte. Erfahrungen aus anderen Kommunen haben gezeigt, dass eine derartige Klage gute Erfolgsaussichten gehabt hätte. Die sogenannten Sanierer von heute haben jedoch einem Vergleich zugestimmt und somit die Chance vertan, den städtischen Dispo um rund 50 Millionen Euro zu entlasten und die Zinsbelastungen daraus von jährlich rund 1 Million Euro zu vermeiden.

Im September 2010 haben wir einen **Austritt aus dem RVR** vorgeschlagen. Hierdurch hätte die Stadt Hagen jährlich 1,6 Millionen Euro einsparen können. Auch hier haben die sogenannten Sanierer von heute ihr Veto eingelegt.

Als weiteres Glied in der Kette der Verschwendungen möchte ich die **Bahnhofshinterfahung** nennen, die wir uns bei unserem Haushaltsdefizit schlichtweg nicht leisten können. Der Bau kostet uns mindestens 22 Millionen € und oben drauf mehr als 2 Millionen € an jährlichen Folgekosten.

Noch einmal zum HSP und den von uns eingereichten Sparvorschlägen:

- Eine Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit - jährliche Ergebnisverbesserung in Höhe von 3 Mio. Euro.
- Eine nachhaltige Umsetzung eines Personalbedarfs- und –entwicklungsplans - jährliche Ergebnisverbesserung in Höhe von 2 Mio. Euro.
- Eine Reduzierung der externen Beratungsleistungen und Gutachterkosten - jährliche Ersparnis in Höhe von 200.000,- Euro.
- Eine Einsparung einer Beigeordnetenstelle - jährliche Ersparnis in Höhe von rund 125.000,- Euro.

Wenn ich richtig addiert habe, sind das einmalig 72 Mio. Euro sowie jährliche und dauerhafte Einsparungen in Höhe von 11,4 Mio. Euro. Einen ähnlichen Nachweis von Sparvorschlägen vermissen wir bei den sogenannten Sanierern von heute.

Noch einmal: Steuererhöhungen stellen für uns kein Sparen dar.

Deshalb tragen wir heute auch nur ein aus unserer Sicht sinnvolles neues Sparpaket mit einem Volumen von rund 1 Mio. Euro mit. Wir möchten festhalten, dass es sich aus unserer Sicht hierbei nicht um einen Bestandteil des aktuellen HSP handelt. Sondern um ein zukünftiges, konkretes Konsolidierungspotential, das ab dem 08.12.2012 greift und dem permanenten Konsolidierungsdruck, der auf unserer Stadt lastet, geschuldet ist.

Im Zuge der HSP-Maßnahmen hätten wir von der Verwaltungsspitze aber auch von CDU und FDP eine Reihe weiterer, derart sinnvoller Sparvorschläge erwartet.

Zeit zum Nachdenken über Alternativvorschläge war vorhanden – leider hat man sie ungenutzt verstreichen lassen.